

fortschrittlicher unter den Tisch geworfen würde, wären doch damit die Bestrebungen der Arbeiter- und Angelegenheitspartei, die durch das Gesetz geordnet werden sollen, nicht aus der Welt geschafft. Der Kampf beginnt morgen auf eine neue und sicher nicht unter für den unternehmen besseren Verhältnisse, aber in milderen Formen. Nicht um grundsätzliche völlige Abweisung der Forderungen, die im Gesetz ihren Ausdruck finden, kann es sich für den Unternehmer heute mehr handeln, daran würde das Unternehmertum und damit unsere ganze Wirtschaft zerfallen, sondern darum, für unsere schwere Zeit die Regelung zu finden, die beiden Teilen soweit gerecht wird, daß sie miteinander leben, arbeiten und uns aus unserem Elend herausziehen können. Das später kommt, wird die Zukunft zeigen.

Wir in der demokratischen Fraktion sind einmütig in der Auffassung, daß Aufsichtsräte und Bilanzvorlegung nicht die geeigneten Wege sind, dieses Ziel zu erreichen. Es gibt andere, bessere Formen, um das Streben der Arbeiterklasse zu befriedigen, wenn sie mit Rücksicht auf ihre besonderen Interessen wie auf das ganze Vertriebsgebiet, aber auch auf innerer menschlicher Teilnahme an dem Ergehen des Unternehmens heraus einen dauernden Einblick in die Verhältnisse des Betriebes gewinnen will. Der Wunsch hat einen solchen Gesichtspunkt, wenn er regelmäßig, mindestens vierteljährliche Berichte über Lage und Gang des Unternehmens und des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen vorkörpert. Das hätte unsere Aufsichtsräte überhaupt genügt, jedenfalls aber hätte das Ergebnis eines solchen Versuches abzuwarten lassen. Das wäre meines Erachtens auch auf die durchzuführenden gewesen. Aber die Reichsregierung hat schon im August dieses Jahres, als sie den Entwurf einbrachte, den Kassen verfahren, indem sie in ihm über den Rahmen der zwischen ihr und den Mehrheitsparteien früherer Verhandlungen hinaus einseitig ohne Verständigung mit den bürgerlichen Mehrheitsparteien die Föhrung durch Aufsichtsräte und Bilanzvorlegung vorschlug. Damit war in aufregter Zeit der Arbeiterfront, vor allem den extremen Vertretern derselben, geradezu ein Wechsel ausgeföhrt, dessen Einlösung sie ungenügend erwarten konnte, als der Reichstanzler sich sozial für diese beiden Punkte persönlich in ungewöhnlicher Weise einsetzte. Das müßte auf das Maß des Entgegenkommens der Sozialdemokratie und gegenüber entscheidend einwirken. Die beiden Parteien wüßten sich bei der Arbeiterfront der Bilanz vor dem Auge zu haben glaubte, wieder entziehen. Daß das gerade heute ein Experiment nicht ohne Risiko gewesen wäre, und daß selbst bei vorübergehendem Bestehen der Kampf um die finanziellen, jedem verständlichen Vermögenswerten nicht beendet gewesen wäre, ist klar. „Aufsichtsrat“ und „Bilanz“ waren weit über ihre praktische und theoretische Bedeutung hinaus Schlagwörter für einen Kampf geworden, in dem nicht zu unterliegen, für beide Teile eine Art Ehrenklade wurde. Die sachliche Verhandlung mußte darunter zu leiden, die politische Bedeutung der Sache mußte sich in den Vordergrund drängen. Man kann das behaupten, aber darüber hinwegsehen darf sich niemand, der nicht nur für gute Gesetze, sondern auch für Erhaltung von Ruhe und Ordnung unter den kritischsten Verhältnissen verantwortlich ist, wie die Nationalversammlung, nicht. Wer will es riskieren, den Kampf aus dem Parlament in die Massen, vielleichte auf die Straße zu versetzen? Die Regierung, wie man sich lieber annehmen darf, aus triftigen Gründen nicht. Wir kennen es, zumal die bürgerlichen Parteien in diesen Reden und Maßnahmen nicht wie die Sozialdemokraten eine geschlossene Weltanschauung aufzuweisen haben, nicht einmal eine klare Meinung, sondern falls aber nicht gegen die Regierung. Ein Gesetz über die Rechte der Arbeiter kann man in einem modernen Staat nicht ohne geschweige gegen die Arbeiter machen. Doch weniger können heute in Deutschland die bürgerlichen Parteien, selbst wenn sie wollten, ein solches Gesetz zu Fall bringen. Das müßte sich haben wir verbessert. Es kann bisweilen schädlich sein, Arbeitervertreter im Aufsichtsrat zu haben, es wird oft unangenehm und hemmend sein, hoffentlich wird es auch nicht leicht als nicht nützlich erweisen, jedenfalls ist es erwidrig. Auch an der Regierung zur Klärung der Bilanz werden größere Unternehmungen, für die allein die Vorrichtung nicht nach ist, nicht anzugehen lassen, mit unter Umständen die kleinen, sie werden den Anhang ertragen, so gut wie die Mittelschichten bisher. Würden aber die Betriebe, würden wir es auch ertragen, wenn der innere Kampf aller gegen alle diesen Winter ausfüllte?

Zu dem aufsehenerregenden Fall Starz.
meldet die „Kölnische Zeitung“ noch: Am Sonnabend ist gegen Georg Starz in Anklage bei Staatsanwaltschaft erhoben worden, die sich auf die wichtigsten bereits veröffentlichten Vorgänge rief, bei denen er eine Rolle gespielt hat. Er ist von mehreren Mitgliedern der Nationalversammlung unterzucht. In dieser Anklage wird die folgende Verhältnisse in Berlin nicht gemeldet ist und keine eigene Wohnung besitzt.
Georg Starz ist heute jetzt von einer Anzahl Offizieren in seine Anklagen erhoben. Aus ihnen geht hervor, daß Starz nicht lediglich die Dienste des Sekretärs gehalten und deren Interessen vertreten hat, wie es behauptet, sondern daß er in den kritischen Spättagen von 1904 im März sich eine Kaiserliche Regierung bei einem einzigen Rechenversuch zu schaffen gesucht habe, und Truppen für eine kommunistische Regierung zu werden unternommen haben soll.

Englands Rückspiel in Russland.
Paris, 20. Nov. Nach einer Londoner Meldung der „Presse de Paris“ wird „Sunday Express“ morgen eine Erklärung des Reichstanzlers, des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, veröffentlicht, die er einem Berichterstatter des Blattes gegenüber abgegeben hat. Reichstanzler begünstigt sich darin, daß Lord George Siffridge die Reden über Russland gehalten habe. Es hätten auf die russischen Kalkulationen einen tiefen Eindruck

gemacht und würden es ermöglichen, ein gutes Einverständnis zwischen den beiden Ländern heraufzulen, was die Sozialregierung lebhaft wünsche. Reichstanzler drückt sein Bedauern darüber aus, daß nicht auch die amerikanische Regierung, die anscheinend zuerst von den besten Absichten befreit gewesen sei, ihren Standpunkt geändert habe. Reichstanzler greift französische politische Persönlichkeiten an und erklärt, sich glücklich zu fühlen, daß der englische Premierminister sich von dem Einfluß befreit habe, den sie auf ihn ausgeübt hätten.

Auch das noch!
Im Unterhaus teilte die englische Regierung mit, daß 44 deutsche Schiffe, die in mittel- und südrussischen Häfen interniert waren und großer Reparaturen bedürften, auf deutschen Werften und auf deutsche Kosten repariert werden sollten. Für die Reparaturkosten soll Deutschland ein Kredit leisten werden. Die Wiederherstellungskommission hat sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt.

Das namenlose Glend in Wien.
Paris, 20. Nov. In der Feuille Commune ist das erste Blatt, das sich heute auf Grund einer Wiener Forderung mit dem großen Glend in Wien beschäftigt, ohne allerdings irgendwie zur Hilfe für die betroffenen Wiener anzukommen. Es heißt lediglich, daß von 58 000 Schulfürdern nur 4000 vollständig gesund und befunden worden seien.

Deutsches Reich.
Die Bürgerliste Kessels gegen Scheidemann.
Kassel, 20. Nov. Der Bürgerbund und der große Kesseler Bürgerverein hat folgende Entschlüsse gefaßt: Das im Bürgerbund und im Großen Kesseler Bürgerverein vereinigte Bürgerumfass ist erbotlich entschieden. Einbürgerung gegen die Wahl Scheidemann zum Oberbürgermeister. Das Kesseler Bürgerumfass lehnt Scheidemann ab, nicht weil es in ihm den Sozialdemokraten, sondern weil es in ihm den ausgeprägten Parteinamen sieht. Scheidemann selbst die für die letzten Gemeinderatswahlen unerschütterlich kommunistische Schulung. Scheidemanns Persönlichkeit als Parteiführer bietet keine Gewähr für eine ausschließliche und die Interessen des Bürgerums fördernde Ausübung der Amtsgewalt. Das Kesseler Bürgerumfass fordert ein Statutenkomitee, das nicht abgesehen durch parteipolitische Inanspruchnahme seine Zeit und Kraft ausschließlich seiner schweren und verantwortungsvollen Aufgaben widmet.

Scheidemann amtsüchtig?
Berlin, 1. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Wie mit erfahren wird Scheidemann den Vorsitz für die Sozialdemokratische Partei niederlegen. In politischen Kreisen neigt man zu der Ansicht hin, daß Scheidemann der Oberbürgermeisterposten in Kassel beibehalten möchte, weil man ihn gelegentlich geben wollte, aus dem Vorgrund der Politik zu verdrängen.

Oberst Reinhardt nach Glogau versetzt!
Nach der „Kreuzzeitung“ ist Oberst Reinhardt, wegen der Reizung seiner Kräfte durch den Gebrauch der Ehrenkommande für den Generalstab in Hindenburg eingekerkert worden, nach Glogau versetzt worden.

Auf Einigungsversuche bei den Kommunisten.
Die Berliner Funktionäre der kommunistischen Partei fordern die Einberufung einer neuen Reichskonferenz, um die Spaltung der kommunistischen Partei zu überbrücken.

Eröffnung des Parteilages der Unabhängigen.
Leipzig, 20. November. Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde heute abend eröffnet. U. a. sprach mit lebhaftem Beifall begrüßt im Namen der überreichlichen Sozialdemokraten Dr. Fritz Adler, der die französischen und italienischen Organisationen sind Solidaritäts-Ausdrückungen eingegangen. Morgen vormittag wird der Parteitag in die Beratungen eintreten. Zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung liegen weit über 100 Anträge und Resolutionen vor.

Beamten-Wünsche.
Berlin, 1. Dezember. Bei Unwesenheit zahlreicher Vertreter von Behörden trat gestern der Verband deutscher Beamtenvereine, der 270 Vereine mit über 1 1/2 Millionen Mitgliedern umfaßt und der sich kirchlich in einen deutschen Beamten-Verbandsbund umarmen will hat. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wurde neben einer durchgehenden Reform der Beamtenverwaltung die Forderung gestellt, daß die Beamten künftig auch als Wirtschaftspraktikanten an der Entscheidung aller wirtschaftlich bedeutungsvollen Fragen beteiligt werden.

Ausland.
Beschlüsse der internationalen Arbeiterkonferenz.
 Haag, 20. November. Die „Nieuwe Courant“ aus Dordrecht meldet, daß die internationale Arbeiterkonferenz am 17. d. M. gegen 21 Stimmen beschlossen, daß in den Betrieben der Fabriken in Betrieben nicht verwendet werden dürfen, außer in den Betrieben, in denen Mitglieder derselben Familie beschäftigt sind. Einstimmig wurde beschlossen, für eine lächerliche Unternehmung des Gesundheitszustandes der Arbeiter in den einzelnen Fabriken einzutreten. Mit 42 gegen 20 Stimmen wurde beschlossen, daß die auf der Konferenz vertretenen Regierungen Arbeiterinnen, die die Einführung entgegennehmen, den Lohn für drei Monate ausfallen lassen.

Die italienischen Wahlergebnisse.
Rom, 20. Nov. Die vorläufigen Wahlergebnisse aus 54 Wahlkreisen sind folgende: 800 Konstitutionelle (davon 66 Liberale, 180 Demokraten, 4 Agrarier, 108 Vertreter der Volkspartei), 55 Mitglieder der Versammlung der Sozialisten und 150 Sozialisten.

Aus der demokratischen Bewegung.

Oberbürgermeister Dominicus spricht in Halle.
Wie wir hören, wird Oberbürgermeister Dominicus, Schöneberg, am kommenden Sonntag in einer öffentlichen Versammlung über das Thema
Deutschland und Preußen
sprechen.

Die Regelung des zukünftigen Verhältnisses der einzelnen Städte Deutschlands und insbesondere Preußens zum Reich ist eine der bedeutungsvollsten Fragen und in Politik ist ihr aufs äußerste verknüpft ist die Neuordnung der inneren Verwaltung in Preußen, mit der sich die preussische Landesversammlung befaßt hat. Es ist die Erzielung der Frage Preußen-Großpreußen. Es wird von großem Interesse sein, über alle diese Fragen einen Überblick her vorzubereiten. Vermittlungsbeamten zu hören. Dominicus ist geborener Offizier. Er seiner Reichstagsabgeordneter wurde er Reichswehrminister seiner Vaterstadt Straßburg. Vor etwa 10 Jahren wurde er zum Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg gewählt. Unter seiner Leitung errang Schöneberg den Ruf, einer der sozialer Hinsicht bestverwalteten Gemeinden Deutschlands zu sein. Dominicus ist Vorkämpfer des Bürgerums, des Groß-Preußen und des Zentralauslasses für Jugend- und Freizeitspiele Deutschlands.

Als Vorkämpfer gehört Dominicus der Deutschen demokratischen Partei an. Er vertritt dieselbe in der preussischen Landesversammlung und ist der zweite Vorkämpfer der Deutschen demokratischen Fraktion im Preussenparlament.

Halle und Umgegend.

Halle, den 1. Dezember 1919.
Der Killan-Propz.
Witzböner Tag. — Erster Teil.

Vermommen mit heute vorerst Kaumman Zwendahl.
Dem Danke gegenüber hat dieser Kaumman in der Zeit die Preussische Zeitung, die die Polizei freilich, ob nicht wieder das Scharbelligkeit die Bewachung der Stadt übernehmen könnte. Später freilich, als er hörte, daß sich Scharbelligkeiten an den Wahlen beteiligt hätten, würde er solchen Wunsch nicht mehr geäußert haben.

Jege Schilke, der Ginter gehörte und gehört dem Arbeiter nicht gehört worden, indes ist der Jege in der fraglichen Sitzung erst später erschienen, er muß also ausgeben, daß innerhalb der Zeit die Entscheidung im Falle der Jege nicht möglich gewesen. Die Entscheidungen am 10. Januar sind nicht, daß die Entscheidung aus dieser Zeige nicht zu kennen erklärte, daß die Jege nicht, daß die Jege nicht, ob Killan Beziehungen zum Mittelungsgebiete hatte. Das Mittelungsgebiete im Arbeiter sind erschienen, dessen erinnert sich der Jege, daß die Entscheidung der Wahlen am 10. Januar nicht, daß die Arbeiter, die hierher beirrat, nicht die Wahlen nicht, daß die Arbeiter aus den Fabriken am 10. Januar für einen Gegenstand gegen den bürgerlichen Demonstrationen nach dem Wahlen beirrat worden sind.

Reichler Jege ist Zeig Klaus, der einige Tage im Soldatenstand war. Klaus befand sich auf dem Marktplatz, als die Demonstrationen am Eingange von der Zeigler Straße zum Marktplatz überfallen wurde. Einige Tage zuvor hat er Killan auf dem Marktplatz sprechen hören. Was der Angelegenheit damals geäußert hat, seinen erinnert er sich nicht. Die Zeigler Straße hat Klaus am 10. Januar nicht beirrat, da 50 Schilke bewaffnet. Da ist Killan nicht beirrat gewesen. In dem Abend, als die Unteroffiziere im Nikolaus sich verarmen, habe der Führer der Wahlenkommission, Jense, die Umstellung des Nikolaus beirrat. Es wäre ein solches, was notwendig hat er das am nächsten Tage geäußert, die Truppen durch Halle ziehen zu lassen. Falls das nicht geäußert, würden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Klaus meint, daß Jense dieses Telegramm vernichtet habe. Da rümpf jedoch berichtet, daß Reichland das Telegramm erhalten habe, wenigstens hat er das am nächsten Tage geäußert, und daß Reichland sich geäußert habe, das Telegramm würde der Soldatenrat nicht erhalten. Klaus berichtet weiter, daß von Matrosen und Scharbelligkeiten Offiziere auf der Straße verhaftet sind, wie nun Partung wieder erzählt, auf das von Reichland ausgesprochen. Klaus hat die Wahlenkommission nicht mehr, Klaus hat geäußert, daß Killan am 10. Januar im Haus der Zeigler stand und den mit Waffen ankommenden Matrosen entgegenzueilen: Es wird Zeit, daß für kommt. Später hat der Zeigler geäußert, daß Killan auf dem Balkon des Rathauses stand und dem Arbeiter rief:

Neht lo, immer leste!
Ein empörter Bürger habe darauf geäußert, den Killan nicht mit an der Zeigler zu setzen. Klaus hat geäußert, daß ein Jege Klaus nicht am 8. mit im Volkssaal gewesen, mochte ein Jege ein Flugblatt brachte, das nach einem Ferngespräch mit Roenen in der hell. Jia gedruckt worden war. Daraufhin wurde die Hallische Zeitung beirrat. Dort ist auch Roenen mehrfach gewesen. Klaus war mit in der hell. Jia ein Flugblatt, die „Vote Rame“ sei von Schilke verfasst und von dem Matrosen gedruckt worden. Der Jege beirrat weiter, daß er von Killan in der gemeinen Weise beirrat worden wäre. Die Aufseher hätten nichts dagegen unternommen, weil sie wohl durch vor ihm haben. Killan habe geäußert: Der Lump gehört in den Keller! Killan habe mit Rabel, Gierbold u. a., die beirrat im Arbeiterstand mit Juchhebe beirrat worden sind, geäußert und fortgehört. Es soll auch geäußert worden, daß Klaus aus dem 8. Glogauer in das 4. Glogauer geworfen worden würde. Jia habe geäußert, daß der Angelegte dem Kaiserhof von der Abteilung 7 des Geinigungsstelle 1 übergeben sei. Er hat sich auch über bei Berlin oder bei Zeigler befunden, das hat Killan nicht beirrat. Er hat sich auch über bei Berlin oder bei Zeigler befunden, das hat Killan nicht beirrat. Er hat sich auch über bei Berlin oder bei Zeigler befunden, das hat Killan nicht beirrat.

Georg Zengs Bemerk.
Georg Zengs bemerkt, daß er am Sonnabend vor 3 Tagen von 2 Matrosen bedroht worden ist. Der Jege sagt ihm: Du wirst bedroht mit dem Tode, wenn man die Wache hat, das ist eine Gemeinheit!
Vert. Dr. Zengs: Es sollen Pläne geschmiedet worden sein, Eigentum wegzunehmen, Leuten zu fährten und auf dem Markt zu vernichten.
Klaus beirrat, daß er mit diesen Plänen etwas zu tun gehabt hätte. Er erzählt aber weiter, daß durch Reichland beirrat worden ist, Klaus hat sich geäußert, daß er

einmal in der Zeigler stand und den mit Waffen ankommenden Matrosen entgegenzueilen: Es wird Zeit, daß für kommt. Später hat der Zeigler geäußert, daß Killan auf dem Balkon des Rathauses stand und dem Arbeiter rief: Neht lo, immer leste!